

Abklingen, aber die Abschaffung des bestehenden Pro- und Nahrungsmittelwuchers nicht zu beanspruchen.

Die Nähe der Reichstagswahl zwang den Parteitag, sich für die Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen zu erklären, während früher keine Partei diese in vielen Städten schon verwirklichte Forderung energischer bekämpft hatte, wie die Freisinnige Volkspartei, z. B. in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Zu den Finanzfragen des Reiches, der sogenannten Reichs-Finanzreform, wurde Stellung genommen und ebenso zu den Steuerfragen unter scharfem Protest gegen jede höhere Belastung des Massenverbrauchs durch indirekte Steuern, insbesondere gegen jede Erhöhung der Brausteuern sowie gegen jede höhere Belastung des Tabaks.

Ein Antrag aus Königsberg gab Anlaß, den Standpunkt der Partei auch in Fragen der Gleichberechtigung ohne Unterschied der Religion, Abstammung oder Herkunft scharf zu markieren, namentlich auch unter Bezugnahme auf den Fall Wähning. Bis zur Forderung der Trennung von Kirche und Staat, der Erklärung der Religion zur Privatfache, die einzig und allein die Gleichberechtigung garantiert, hat man sich aber mit nichten aufgeschwungen.

Wiel geschimpft wurde auf die Sozialdemokratie und eine Unterstützung der Sozialdemokratie bei Stichwahlen selbst gegen die äußerste Reaktion natürlich nicht beschlossen. Auch mit sozialpolitischen Dingen — der übermächtige Zug der Zeit bringt schließlich auch durch die parteifremde geschlossenen Reihen — sollte sich die Tagung beschäftigen. Für herzhafte zugreifende Arbeiterfürsorge legte sich der alte May Girsch ins Zeug, der trotz aller fraktionellen Beschränkung doch ein lauer Mitstreiter im Kampfe für gemäßigten Arbeiter-schutz ist; an die den geliebten „Hausagrariern“ dreimal sakrosankte Wohnungsfrage rührte man von anderer Seite. Aber — husch, husch — waren die Einzelmännchen am Wert. Der Führer brauchte sich gar nicht erst zu bemühen; die Papier-farbe standen schon bereit: das Amendement Girsch wurde der Reichstagsfraktion zur Erwägung überwiesen; über die Wohnungsfrage will man sich, wenn die Schwälben zum drittenmal wiederkommen, auf dem „nächsten Parteitage“ unterhalten; abends aber auf dem Kommerz bekannte Eugen Richter, daß er als getreuer Vorkämpfer auch heute noch glaube an die „Harmonie aller berechtigten Interessen in wirtschaftlicher Beziehung“.

Ein wichtiges Ereignis freilich hat der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei gebracht. Eugen Richter hat seinen Rücktritt vom politischen Leben angekündigt; er will den nächsten Wahlkampf nicht mehr mitkämpfen; er will also nicht wieder kandidieren.

Wir müssen offen bekennen: diese Ankündigung hat uns wehmütig gestimmt. Wie man zu Eugen Richter persönlich und politisch auch stehen mag: zu den hervorragenden Männern unserer Zeit gehört auch er. Dem bürgerlichen Liberalismus wird die letzte Bedeutung genommen, welche in den letzten Jahren noch an einer — Person hing. Die Sozialdemokratie konnte durch den Tod Diebnechts nicht erschüttert werden; der in den letzten Jügen liegende Freisinn wird durch Eugen Richters Rücktritt einen unerfesslichen Verlust erleiden.

„Nehmen Sie doch mehr Rücksicht auf einen alten Mann!“

Der Ortsverband der deutschen Gewerkschaften (Girsch-Dunder) hielt in Düsseldorf eine Versammlung ab, in der es in Gegenwart des Herrn Dr. Max Girsch zu einer bemerkenswerten Auseinandersetzung kam.

Die Berliner „Volkzeitung“ berichtet darüber:

„Herr Erkelens-Kauf sagt u. a.: Wir müssen wider Willen in der Energie der Vertretung der Arbeiterverhältnisse hinter allen anderen zurückbleiben. Will jemand bei uns sich der Nähe unterziehen, die Weisheit der in der Arbeiterbewegung liegende Idee in bare Münze umzusetzen, dann wird uns „das schwindende Vertrauen zum Hauptverband“ vorgehalten. Unserem ersten Führer, dem Herrn Girsch, bleibt es in Köln auf der Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform vorbehalten, den bekannten Ausschluß der Konsumvereine aus dem Allgemeinen Genossenschaftsverbande gerecht zu finden. Es ist schwer, darüber nicht blutig satirisch zu sprechen.“

Dr. Girsch: Der Beschluß des Genossenschaftstages ist berechtigt. Erkelens urteilt nach Zeitungsnachrichten.

Giegler-Düsseldorf: Der Gewerkschaftsverband Dr. Girsch sagt bei uns herrscht Demokratie. Wo war diese, als der Redakteur des „Gewerkschaftsboten“ ausgeschlossen wurde? Unsere Gewerkschaften haben und haben in der Sitzung der Gesellschaft für soziale Reform in Köln geschwiegen; sie haben bloß dagestanden, um den Namen auszusprechen. Wir müssen vor aller Welt erklären, daß wir mit dem Ausschluß der Konsumvereine nicht einverstanden sind.

Es liegt folgende Resolution zur Abstimmung vor: „Die heutige Ortsverbandversammlung der Düsseldorfer Gewerkschaften spricht ihre tiefste Enttäuschung aus über den brutalen Ausschluß von 98 Konsumvereinen aus dem Allgemeinen Verbande der Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften. Für einen Konsumverein ist nach diesen Vorgängen kein Platz mehr im Verbande. Die Versammlung legt als Gewerkschafts-Versammlung besonders Wert auf diese Erklärung.“

Dr. Girsch: Nehmen Sie doch mehr Rücksicht auf einen alten Mann. Die Resolution dürfen Sie nach meiner Stellung in Köln nicht annehmen.

Nachdem von Erkelens und Giegler erklärt worden war, daß an den Hauptleitungen und auch an den Mitgliedern noch manches schle. verließ Dr. Girsch den Saal. Die Resolution, die den Ausschluß der 98 Konsumvereine betraf, wurde einstimmig angenommen.

Daß der Ausschluß der Konsumvereine auch von den erbittertesten Gegnern der Sozialdemokratie mißbilligt werden muß, hat schon der freisinnige Abgeordnete Dr. Barck in der „Nation“ bewiesen. Interessant ist, daß Herr Dr. Girsch sich persönlich getroffen fühlt, wenn die ihm „Untergebenen“ einmal wagen, eine von der feimigen abweichende Ansicht auszusprechen und dann sofort die Rolle der gekränkten Schatzwaise spielt.

Wir freuen uns, daß nunmehr auch Arbeiter, die dem Girsch-Dunderischen Verbände angehören, offen ausgesprochen haben, daß kein Konsumverein mehr in der Dr. Erligerschen Organisation bleiben kann.

Wie Dr. Girsch, dem wir gern zugeben, daß er schon ein sehr alter Mann ist, nicht nur seinen Lebensjahren nach, in Düsseldorf die Versammlung verließ, so wird auch seine gewerkschaftliche und politische Richtung immer mehr von der Bildfläche verschwinden.

Die Düsseldorf-Versammlung ist nur ein Vorspiel. Immer mehr sehen die Mitglieder der Girsch-Dunderischen Gewerkschaften ein, daß die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital nicht vorhanden ist; immer mehr erkennen sie, daß das Zusammenwirken aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei im gewerkschaftlichen Kampfe allein zum Siege führen kann; immer mehr bereitet ihnen aber auch die Erfahrung, daß die freisinnige Volkspartei und alle anderen bürgerlichen Richtungen sie verraten und nur die Sozialdemokratie ihre Interessen wahr.

Ein alter Mann ist Dr. Girsch, dem es nicht gelang, sein Herz jung und frisch zu erhalten; alt und morisch ist der deutsche Liberalismus. Mitleidig nehmen wir „Rücksicht auf einen alten Mann“ und richten unseren Kampf nicht gegen seine Person. Die Gewerkschaften aber werden immer mehr verdrängt werden; den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gehört die Zukunft, gehört die Jugend und die lebensfrohe Kraft des Proletariats.

Ministerreden in Frankreich.

Der Kriegsminister Andree redete in Niz-en-Othe bei der Enthüllung eines Denkmals, das zum Andenken an die im Kriege von 1870 Gefallenen errichtet ist. Er drückte den „Besiegten von 1870“ seine Hochachtung aus und versicherte, Frankreich verfüge heute über eine Armee, die, falls Frankreich ihrer eines Tages bedürfe, gewiß ebenso viel Mut zeigen würde, wie ihre Vorgänger, und die, da sie besser ausgebildet sei, sicherlich den Sieg wieder an ihre Fahnen heften würde.

Der Kolonialminister Doumergue hielt in Saint-Nand auf einem Bankett eine Rede, in der er erklärte, das Kabinett wisse sein Programm ohne Schwäche durchzuführen, es freue sich über die gegen das Ministerium gerichteten Schmähungen, welche ihm zum Ruhm gereichten. Die Gegner seien gewohnt gewesen, zu sehen, daß die Gesetze zwar beschlossen, aber nicht angewendet würden. Alle Minister seien sich bewußt, daß sie Republikaner sind, daß sie die unter dem vorigen Ministerium erlassenen Gesetze durchzuführen und alle Reformen, welche bei den letzten Wahlen angekündigt seien, zu verwirklichen haben. Das Ministerium werde dank der Einigkeit aller wahren Republikaner dieses Programm ohne Schwäche durchführen.

Als dritter im Bunde sprach in Saint-Maixent der Minister Trouillot. Es war das bei einem Festmahle, das sich an die Enthüllung des zu Ehren Gambettas und der Helden der nationalen Verteidigung errichteten Denkmals angeschlossen. Der Minister hielt eine Lobrede auf die tapferen Soldaten der Republik und den Mann, der in der ersten Reihe der Begründer der Republik gestanden, Gambetta. Er verteidigte Gambetta gegen die Anschuldigungen seiner Gegner, die von ihm behaupteten, daß er ein Freund der Kirche und der Kongregationen und der Vorkämpfer der „Katholiken“ gewesen sei. „Das Katholizieren Gambettas“, so fuhr Trouillot fort, „bestand darin, Männer für sein Programm und für seine Ideen zu gewinnen. In Wirklichkeit war Gambetta immer ein Vorkämpfer für die demokratische Reform, ein Befürworter der Einkommensteuer, ein unerbittlicher Gegner des Merkantilismus und der Kongregationen, ein entschlossener Verfechter der radikalen Republik. Das Ideal Gambettas läßt sich zusammenfassen in die Worte: Ganz Frankreich, die ganze Republik!“

Bei der geringen Bedeutung, welche wir Ministerreden beilegen, begeistert es uns nicht, wenn sich der eine der Herren in radikalen Phrasen ergeht und grämt es uns nicht, wenn der andere chauvinistische Redensarten losläßt.

Deutschland.

Berlin, 1. Oktober. Nach einem Telegramm aus Danzig erfolgte gestern die Eröffnung des Wilhelmsbahn-Betriebes auf der zur Hauptbahn umgebauten Weichselstädtebahn Thorn-Marienburg, wodurch die seit Jahren angestrebte Verbindung der Provinzialstadt mit dem Süden der Provinz geschaffen ist.

Das Oberverwaltungsgericht hat in einer Entscheidung vom 8. Juli 1902 ausgesprochen, daß die Beamten der Dampfessel-Verwaltung a. d. u. n. s. Vereine keine mittelbaren Staatsbeamten seien und auf das Steuerrecht derselben keinen Anspruch haben.

E. M. Die Zolltariffkommission beendigte in ihrer Dienstag-Sitzung die zweite Lesung des Tariffs und begann die Beratung des Tarifgesetzes. Die Sitzung bot das interessante Bild des Zusammengehens der äußersten Rechten und Linken; der freisinnige Abgeordnete sprach scherzhaft von einer Firma Hahn-Stadthagen. Im allgemeinen wurden die Beschlüsse erster Lesung aufrecht erhalten bis auf schmerzliche und nicht schmerzliche. So auf Antrag des Centrumsabgeordneten Betsch die ungeheuren Sätze der ersten Lesung wenigstens etwas reduziert wurden. Auch für die wurden einige geringe Herabsetzungen angenommen. Vom Tarifgesetz wurde die Beratung des § 1 noch nicht zu Ende geführt. Während unsere Genossen den Doppelzoll durch Streichung der Tarifstellen in § 1 beibehalten wollen, begünstigt die Freisinnigen mit den Sätzen des bisherigen autonomen Tariffs. Eine heitere Rede hielt der Antisemit Windwald, der für die Forderung der Wändler eintrat und sich die Drohungen des jüdischen „Balerland“ zu eigen machte. Die Wändler würden Sozialdemokraten werden, wenn der 750 Mark-Zoll nicht angenommen würde. Ohne genügenden Schutz würde der Wändler in seiner „Urwaldigkeit“ nicht erhalten werden können. Den Schluß der Sitzung bildete eine Rede des Grafen Kaunitz, dem Herr Windwald natürlich aus dem Herzen gesprochen hat. Ein Besuch des „Dabeim“ um photographische Aufnahme lehnte die Kommission wahr-scheinlich im Gefühle ihrer Nichtigkeit ab.

Zu den bevorstehenden Zolltariffverhandlungen ist die Frage von Wichtigkeit, wann der preussische

Landtag tagen wird. Gerüchte, die von einem früheren Zusammentreten des preussischen Landtages, etwa für die Mitte November, sprechen, finden vorläufig wenig Glauben. Ob sich freilich, so bemerkt die „Nat.-lib. Korr.“, ohne Mitwirkung derjenigen Abgeordneten, die im preussischen Abgeordneten-hause sich im Genuß von Diäten befinden, im Reichstag ein beschlußfähiges Haus wird ermöglichen lassen, ist eine andere Frage.

— **Strafbare „Obstruktion“.** Einen großen „Sieg“ hat die freisinnige Mehrheit der Königsberger Stadtverordneten-Versammlung errungen. Der Bezirksausschuß hat unter Hinweis auf die Geschäftsordnung der Versammlung erkannt, daß die vier sozialdemokratischen Stadtverordneten, die eine Stadtverordneten-Sitzung verlassen hatten, um von einem Nebenraume aus den weiteren Verlauf der Sitzung zu beobachten, die über sie verhängte Strafe von je 1,50 Mark zu zahlen hätten. — Wie kürzlich von uns gemeldet worden ist, wird in Königsberg diese Strafe vorgelesen, falls ein Stadtverordneter ohne Erlaubnis des Vorsitzenden die Versammlung verläßt. Die Königsberger Freisinnigen sollen fürchtbar stolz sein auf diesen ihren „Sieg“ über die Sozialdemokratie, während unser Königsberger Parteiblatt mit vollem Recht auf den Widerspruch hinweist, der darin liegt, daß die Freisinnigen des Reichstages die Obstruktion als ein heiliges Recht der Minderheit verteidigen, indes die Freisinnigen des Königsberger Stadtparlamentes eine Geschäfts-ordnung beibehalten, die die Obstruktion mit 1,50 Mark pro Kopf und Mann bestraft.

— **Phosphor-Verbot.** Die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches werden sich im nächsten Arbeitsabschnitt mit der Forderung der Frage des Verbots der Verwendung von weihem Phosphor bei der Herstellung von Zündhölzern zu befassen haben. Den in Mitleidenschaft gezogenen Fabriken soll ein Spielraum von mehreren Jahren gelassen werden, um sich anders einzurichten. — Das ist ja eine sehr weitgehende Rücksichtnahme auf das Wohl der — Unter-nehmer.

— **Doch kein Empfang der Burengenerale bei dem Kaiser?** Die „Tägliche Rundschau“ meldet aus dem Haag: Die Burengenerale beendigen ihre Holländische Reise am Sonnabend. Am Montag besuchen sie Brüssel, dann Paris und Frankreich. Sie erklären den Bericht der „Kölnischen Zeitung“ von einem Audienzgesuch beim Kaiser für eine thörichte Lüge. Der Besuch in Berlin ist ausgeschlossen.

— **Sieg bei den städtischen Wahlen in Mannheim.** Nach einem Telegramm des „Vorwärts“ aus Mannheim wurden gestern bei den Gemeindevahlen in der dritten Steuerklasse die sämtlichen 20 sozialdemokratischen Kandidaten mit 4950 gegen 2050 Stimmen gewählt.

— **Das Weithener „Massenhaf“-Urteil bestätigt.** Am 2. Juli war unser Genosse Redakteur Morawski vom Weithener Landgericht wegen „Aufreißung zum Massenhaf“ zu der höchsten zulässigen Strafe von 2 Jahren Gefängnis, unsere Genossin, Frau Dr. Caspari-Golde, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Wie dem „Vorwärts“ aus Leipzig gemeldet wird, hat das Reichsgericht die Revision verworfen.

— **Der Postverein mit Luxemburg.** Am 1. Oktober tritt das neue Postvereinabkommen zwischen Deutschland und Luxemburg in Kraft, so daß im Verkehr zwischen beiden Staaten fortan das interne deutsche Porto an die Stelle der doppelt so hohen Taxen des Weltpostvereins tritt.

Posen, 28. September. Die Stelle des Ersten Bürgermeisters gelangt heute im Anzeigenteil hiesiger Blätter zur Ausschreibung. Das Gehalt beträgt 15 000 Mark. Mit der Stelle ist das mit 2100 Mark dotierte Amt eines Stadt-Feuerlokalitäts-Direktors verbunden.

Schweiz.

Das Polizeiregiment in der Demokratie.

Die 27 sozialdemokratischen Vertreter von Auserried sind vom Kantonsrat in seiner letzten Sitzung nun endlich anerkannt worden. Nachdem die bürgerliche Kantonsrats-Mehrheit durch die frivole Kassation der ersten Auserrieder Wahlen vom 18. August mit ihrem Amtsgelübde Schindler getrieben, erklärten unsere 27 Genossen, worunter bekanntlich zwei Pfarrer sind, unter Berufung auf die Verfassung, daß sie das Amtsgelübde nicht ablegen werden, was sie denn auch in ehrlicher Konsequenz und aus moralischen Reinlichkeitsgründen unterließen.

Die Sitzung verlief nicht ohne Zwischenfall. Der Referent der Wahlprüfungskommission, Gerichtspräsident Burler von Stöhr, ein bornierter Spießbürger und liberaler Parteibüffel, konnte sich nicht versagen, gegen die berechtigte Kritik der Sozialdemokraten an der frivolen Kassation zu wettern, worauf ihm unser Genosse Dr. Studer energisch antwortete und das Recht der Kritik am Kantonsrat und seinen Thaten verteidigte. Das zahlreiche Tribünenpublikum begleitete die Rede Studers mit Beifall, worauf der Präsident — der „Demokrat“ Heß — mit der Räumung der Tribünen drohte und — 20 Polizisten aufmarschieren ließ! Es ist wirklich herrlich weit gekommen in unserer Demokratie, die nur noch unter dem Schutze der Polizei bestehen kann.

In derselben Sitzung wurde auch noch von anderer Seite unsere Demokratie in schlimmster Weise beleidigt. Der Züricher Zugspersonal-Verein hatte nämlich eine Beschwerde gegen die ganz infame Behandlung des Personals im Bahnhof Zürich anlässlich der Durchfahrt des Königs von Italien eingereicht. Auf Weisung des Bundesanwalts Kronauer in Bern ist nämlich während der Anwesenheit des Königs das gesamte Bahnpersonal von der Polizei mit Zustimmung der Bahnhofsinspektion in den Bureaus, Gepäcks- und Expeditionsräumen eingesperrt worden, weil „man“ in Bern dafür Anhaltspunkte zu haben glaubte, daß Italiener versuchen wollten, sich in Eisenbahndienstkleidung dem König zu nähern. Der Einfachheit halber hat man das gesamte

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 1. Oktober 1902.

— Eine Mahnung und Warnung. Auf verschiedenen hiesigen Bauten hat sich in letzter Zeit ein Kolporteur Zutritt zu verschaffen getraut. Unter der Vorpiegelung, er sei Parteigenosse, forderte er zum Abonnement auf den „Simplicissimus“ auf und gab demjenigen, der sich auf ein Jahr durch Unterschrift verpflichtete und 50 Pf. zahlte, eine Sammelmappe gratis. Dieses Mittel lockte natürlich und so fanden sich auch auf dem Bau Bethge (Wudau im „Wilhelmsgarten“) eine ganze Anzahl Maurer, die bereitwilligst unterzeichneten. Auf anderen Bauten soll der betreffende Kolporteur gleichen Erfolg gehabt haben. Wir fragen: wissen denn die auf dem Bau Bethge beschäftigten Magdeburger und Otterslebener Bauarbeiter nicht, daß sie von ihrem Zeitungskolporteur sämtliche Schriften beziehen können? Die Genossen sollten doch mehr wie bisher ihre Kolporteur und Zeitungsträgerinnen bei Bestellung neuer Schriften und Werke berücksichtigen. Bei diesen brauchen sie keine Verpflichtung zu übernehmen, die sie auf lange Zeit bindet.

— Zur Krise. Noch scheint die Sonne und ein blauer Himmel lacht auf die Erde hernieder, und trotzdem hört man schon von Betriebs Einschränkungen, Arbeiterentlassungen und dergleichen Segnungen des kapitalistischen Systems. In nächster Zeit wird es zu diesen betrübenden Maßnahmen bei der Firma **Ditko & Gruson** kommen. Durch die spärlich einlaufenden Aufträge soll dort eine Betriebs Einschränkung verbunden mit Arbeiterentlassungen stattfinden. Die geplante Auslösung der zu entlassenen Arbeiter ist bis jetzt auf Intervention des Arbeiterausschusses noch unterblieben. Die Entlassung der überschüssigen Kräfte soll am Mittwoch, den 8. Oktober, erfolgen. Einen schwachen Trost erhalten die Entlassenen mit auf den Weg, nämlich die Aussicht auf Wiederstellung bei flotterem Geschäftsgang. Wohl dem, der bei solchen Zeiten der Organisation angehört, und dadurch wenigstens vor der alleräußersten Not bewahrt bleibt.

— Herr Tischlermeister Franz Winkler in Wilhelmstadt sendet uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes uns „auf Grund des § 11 des Preßgesetzes“ eine Erwiderung auf die in Nr. 228 unseres Blattes veröffentlichte Notiz „Der Dank des Unternehmers“ eine Berichtigung, deren Abdruck wir uns verweigern müssen. Der Herr spricht darin viel von den „Dummheiten“ und „Flegelzeiten“ der entlassenen Arbeiter und dürfte der erregte Verfasser dieser temperamentvollen „Nichtigstellung“ wohl selbst nicht annehmen, daß uns irgend ein Gesetz verpflichtet, ein derartiges Geschreibsel zu veröffentlichen. Von tatsächlichen Bemerkungen enthält das Schreiben nur die Angabe, daß die beiden entlassenen Tischler sich wiederholt ungebührlich benommen, auch bei der Beschäftigung an einer Gasleitung fehlerhaft gearbeitet hätten. — Wir überlassen es den beteiligten Solzarbeitern, eventuell auf diese Behauptung des Herrn **Winkler** einzugehen.

— Zu den Stadtverordnetenwahlen. Der Vorstand des Bürgervereins ist unangenehm berührt, daß schon jetzt die Namen der von ihm auf den Schild erhobenen Kandidaten durch die Presse bekannt gegeben werden. In einer Zuschrift an die „Magdeburgische Zeitung“ teilt der Vorstand

mit, daß inzwischen schon wieder Änderungen eingetreten seien. So habe z. B. Herr Rechtsanwalt **Wachter** die Zustimmung zu seiner Kandidatur nicht gegeben; dagegen fehle der Name des Kaufmanns **Oskar Dirre**, der bereits im vorigen Jahre durch einen Beschluß des Bürgervereins als Kandidat aufgestellt war. Hoffentlich nimmt der Bürgerverein in seiner Versammlung keine Streichungen mehr vor, damit das Kesseltreiben bald beginnen kann.

— Die chemische Untersuchung von Nahrungsmitteln kein Gewerbe. Wegen Gewerbesteuer-Vergehens war der Chemiker **Dr. Paul Stegelitz** aus Magdeburg angeklagt worden, weil er die Einnahme aus den von ihm für Private und Behörden vorgenommenen chemischen Untersuchungen nicht zur Gewerbesteuer angemeldet hatte. Dr. Stegelitz untersucht u. a. auch Butter, Margarine und Milch im Auftrage des Magdeburger Polizeipräsidenten und des Regierungspräsidenten zu Magdeburg. Er ist wissenschaftlich vorgebildet und hat verschiedene Examen gemacht. Die Untersuchungen nimmt er in einem eigenen Laboratorium vor. Nebenbei übt er auch noch eine Lehrthätigkeit aus.

Das Landgericht Magdeburg als Berufungsinstanz sprach ihn frei und führte aus, es komme hier § 4 Nummer 7 des Gewerbesteuer-Gesetzes zur Anwendung, wonach die Ausübung einer wissenschaftlichen Thätigkeit der Gewerbesteuer nicht unterliege. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, daß die chemischen Untersuchungen, die immer wiederkehren, keine unmittelbare wissenschaftliche Thätigkeit im Sinne des Gewerbesteuer-Gesetzes seien.

Das Kammergericht verworft in dessen die staatsanwaltliche Revision mit folgender Begründung: Chemische Untersuchungen in einem chemischen Laboratorium, wenn sie hauptsächlich in einer Analyse bestanden und sich nicht ausschließlich auf Untersuchungen gewisser Specialitäten beschränkten, seien wissenschaftlicher Natur, vorausgesetzt, daß sie stets in der üblichen wissenschaftlichen Art mit wissenschaftlichen Mitteln ausgeübt würden. Das sei hier der Fall. Mit Recht habe der Vorderrichter nicht unterschieden zwischen unmittelbarer und mittelbarer wissenschaftlicher Thätigkeit und zwischen der amtlichen und privaten. Somit sei die Freisprechung gerechtfertigt.

— Dem aufmerksamen Kalenderleser wird es aufgefallen sein, daß in diesem Jahre der Herbst erst am 24. September seinen Einzug hielt. Von der jetzt lebenden Generation kann sich niemand erinnern, daß Herbstanfang auf den 24. September fiel, da seit Einführung des gregorianischen Kalenders dies überhaupt erst einmal und zwar im Jahre 1803, also vor nunmehr 99 Jahren stattfand. Das gegenwärtige Jahrhundert zeichnet sich nun dadurch aus, daß in der ersten Hälfte desselben der Herbstanfang öfter auf den 24. fällt und zwar zunächst wieder im Jahre 1903, dann 1906, 1907 und von da alle vier Jahre, also 1911, 1915 usw. bis zuletzt 1939; dann dauert es wieder mehrere Jahrhunderte, bis sich eine ähnliche Periode wiederholt.

— Ein gefitteter Hofmeister. Am Dienstag wurde vor dem hiesigen Schöffengericht gegen den Hofmeister der Firma **Domella, August Köhn**, wegen gefährlicher Körperverletzung verhandelt. Der Vorgang, bei dem Köhn sich der Körperverletzung schuldig gemacht hat, ist vor einiger Zeit an dieser Stelle geschildert worden. Bei der

Vernehmung sagten die Zeugen aus, daß der Hofmeister Köhn den Kutcher **Felix Marx** am Sonntag, den 10. August, aufgefordert habe, ihm bei dem Häkelschneiden zu helfen. Marx hat dieses abgelehnt, da er noch keinen Kaffee getrunken habe. Darauf habe ihn Köhn mehrmals geohrfeigt, so daß er umfiel. Als er sich wieder aufrichten wollte, packte ihn Köhn an der Kehle, würgte ihn und schlug ihn mit der Mißgabel auf den Kopf, so daß er befinnungslos niederfiel. Die Kutcher **Wachner** und **Ulrich** fanden ihn in diesem Zustand im Stalle liegend vor. Das Gericht billigte dem Angeklagten, da er noch nicht vorbestraft ist, mildernde Umstände zu, verurteilte ihn wegen gefährlicher Körperverletzung zu 40 Mark Geldstrafe und sprach ihn von der Anklage der Drohung frei.

Ob diese gelinde Strafe dem sonderbaren Menschen befreiend machen wird, daß auch die ihm unterstellten Kutcher Menschen sind und somit ein Recht auf menschliche Behandlung haben, glauben wir nicht. Und daß der Inhaber der Firma — Herr **Kahrs** — den liebenswürdigen Herrn von seinem Posten entheben wird, wo er doch in Zukunft ähnliches anzurichten nicht außer Stande ist, ist auch nicht anzunehmen.

Bei der Verhandlung stellte der Prinzipal dem milden Hofmeister das beste Zeugnis aus, obwohl ihm bekannt sein muß, daß Köhn sich schon mehrmals thätlich an den Kutchern vergreifen hat. Auf's neue hat sich gezeigt, daß nicht von den Behörden, sondern nur von den Arbeiter-Organisationen Hilfe zu erwarten ist.

— Gefinde-Krankenkasse. Anmeldungen zum Abonnement auf die Gefinde-Krankenkasse für das Kalenderjahr 1902 werden bei den folgenden Dienststellen angenommen: in der Krankenanstalt Altstadt, Marktstraße Nr. 11-14, in der Krankenanstalt Sudenburg, Leipzigerstraße Nr. 44, in den Rathhäusern Sudenburg, Neustadt und Wudau. Die Scheine für den Stadtteil Alte Neustadt werden nur in der Krankenanstalt Altstadt, Marktstraße Nr. 11-14, ausgestellt. Der Abonnementspreis beträgt 6,00 Mark.

— Beamten-Unfallversicherung. Vom Allgemeinen Deutschen Versicherungs-Verein in Stuttgart werden jetzt Prospekte an die einzelnen Krankenkassen zum Zwecke der Versicherung der Beamten gegen Unfall verteilt. In diesem Prospekt heißt es Seite 3, Absatz 3: „Derartige Versäumnisse werden um so fühlbarer, weil man weiß, daß man diese Fürsorge zu verhältnismäßig geringen Kosten ausführen kann, sobald man zur Zeit der Regelung der Beamtengehälter die Ausgaben für eine Unfallversicherung mit in Betracht zieht und diese insbesondere bei einer Gehaltserhöhung mit eincchnet.“ Das heißt mit anderen Worten, daß der Arbeitgeber die Versicherung abschließt und der Unfallverfallte sie bezahlt. Daher sollte man meinen, daß die Versicherung auch dann eine Entschädigung gewährt, wenn der Unfall ausserdienstlich passiert ist; daß dem aber nicht so ist, beweist Seite 6, Absatz 1, denn dort heißt es: „Die Versicherung erstreckt sich auf alle während und infolge der Ausübung des Berufes entstehenden Unfälle.“ Sobald ein Unfall eintritt, welcher mit den dienstlichen Obliegenheiten des betreffenden Angestellten nicht in Zusammenhang gebracht werden kann, braucht die Versicherung nichts zu zahlen. Auch ist der betreffende Angestellte mit dem Tage der Ent-

Fenilleton.

Arbeiter.

Roman von Alexander S. Kielland.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän E. von Sarau (2. Fortsetzung.)

Deshalb stand **Kanzlist Mortensen** im Ministerium in weit höherem Ansehen, als ihm dies seinem Range nach zukam, und es geriet allmählich in Vergessenheit, daß er als Anwalt in einem Landstädtchen in einen sehr bedenklichen Schwindel mit einer Zündhölzfabrik verwickelt gewesen war.

Als **Mortensen** seine Toilette beendet hatte, nahmen die drei Herren ihre Hüte und wollten eben fortgehen, als **Mortensen** ausrief:

„O, ihr Götter! Er hat keine Papiere! Die junge Pflanze will ohne Papiere auf die Straße gehen!“

„Se, he,“ lachte der Assistent, weil er glaubte, daß **Mortensen** einen Witz gemacht habe.

„Können Sie denn gar nicht sehen,“ versetzte **Derseth** und jetzt erst bemerkte **Siorth**, daß die beiden anderen ein Paket Papier unter dem Arm trugen.

„Aber ich weiß ja gar nicht, was ich nehmen soll?“ fragte er unschlüssig und sah seinen Papierhaufen an.

„Gott steh' mir bei!“ rief **Mortensen** und sah zur Decke hinauf, „er fragt, was er nehmen soll, als ob nicht jedes Papier gut genug wäre, um damit auf der Straße zu gehen!“

Endlich ging dem **Silfschreiber** ein Licht auf; er machte sich ein Paket wie das der anderen zurecht und nun schlichen alle drei die Treppe hinab.

Im Thortwege aber stürzte ein langer dünner Mensch in einem Arbeiteranzug auf sie zu.

„O, Herr Redakteur!“ rief er, als er **Mortensen** sah, und wuschelte sich mit seiner leinenen Schürze den Schweiß ab, „wir sollten ein Portrait von **General Roberts** haben.“

„Setzen Sie einen **Wollbart** an **Gladstones** Gesicht,“ antwortete der Redakteur ohne Zögern.

„Aber **Gladstone** ist ja kahlköpfig,“ wandte der **Silfschreiber** ein.

„So setzen Sie ihm einen **Stanleyhut** auf,“ antwortete **Mortensen** ruhig.

Der Arbeiter grüßte und lief über die Straße, während der Assistent **Siorth** in ein bewunderndes Lachen ausbrach.

„Ein brillanter Einfall, Herr Redakteur,“ rief er, indem er es wagte, **Mortensen** auf die Schulter zu klopfen — war er es doch, der traktieren sollte — „aber wissen Sie auch, wie **General Roberts** aussieht?“

„Nicht im entferntesten,“ erwiderte **Mortensen**.

„Wenn nun der **General** aber gar keinen Bart trägt, oder zum Beispiel nur einen Schnurrbart, so wie ich?“

„Dann hat der **General** sich den Bart abrasiert, nachdem unser Bild abgenommen war, das ist doch sonnenklar!“

„Nun müssen wir uns teilen,“ sprach **Derseth**; „Sie, **Mortensen**, müssen auf die andere Seite hinübergehen.“

Gleich darauf stieß **Mortensen** einen Fluch aus; die anderen wandten sich um und gewahrten den **Bureauchef**, der boshaft vor sich hinlächelnd gerade auf sie zukam.

„Na, das wird 'ne schöne Geschichte,“ murmelte **Derseth**. Der Assistent zitterte vor Schreck. Sie grüßten alle drei sehr verwirrt; **Georg Delphin** nickte nachlässig, und es schien, als ob er ruhig vorbeigehen wollte. Aber plötzlich blieb er vor **Mortensen** stehen und sagte mit ausgesuchter Freundlichkeit.

„Ach, Herr **Mortensen**: „Sie können mir vielleicht mit einigen Zündhölzchen aushelfen?“

Mortensen war dem Umsinken nahe, während er die Zündhölzchen hervorjuckte; der **Bureauchef** aber zündete sich seine Cigarre mit großer Sorgfalt an, dankte und ging weiter.

„Da sind wir gut davongekommen,“ versetzte **Siorth** in seiner Unschuld.

„Na, ich weiß gerade nicht!“ erwiderte **Derseth** mit einem hämischen Seitenblick auf **Mortensen**.

„Verfluchter **Bengel!**“ stieß **Mortensen** hervor.

„Bei **Falck-Olsen** erzählte man sich vorigen Sonntag, daß der **Bureauchef** nächster Tage zum **Kammerherrn** ernannt werden würde,“ sagte **Siorth**, die Gelegenheit benutzend, um mit seinen vornehmen Bekanntschaften zu prahlen.

Die beiden anderen erwiderten nichts darauf; man trennte sich nach **Derseths** Anweisung, um beim **Grand Hotel** wieder zusammenzutreffen.

Die Sonne schien aus aller Macht; der schmale Schattensstreifen, der sich jetzt über die eine Straßenseite gelegt hatte, war von so vielen Leuten eingenommen, daß die drei Herren, jeder auf seinem Wege, es vorzogen, der Hitze Trotz zu bieten und mitten in der Sonnenglut zu gehen. Sie grüßten ihre Bekannten flüchtig, ohne stehen zu bleiben. Man sah, daß sie es eilig hatten und die großen Papierpakete unter ihrem Arm thaten ihre Wirkung.

Inzwischen stieg die Hitze von Sekunde zu Sekunde immer stärker im Ministerialgebäude, und der alte **Gansen** saß hier allein in den beiden Zimmern und wackelte mit dem Kopfe über seinem Papierhügel.

2.
Beim **Lehnsmann***) auf dem Lande ward Thing abgehalten.

In der Nähe des Hofes standen auf beiden Seiten der Straße lange Reihen von Fuhrwerken aller Art, meist Einspänner; gerade vor der Thür aber hielt die große Kalesche, welche den **Untmann**, den **Sorenschreiber** und den **Vogt** aus der Stadt hierher gebracht hatte. Die Kalesche war Gegenstand der Bewunderung der gesamten Dorfjugend, die sie gaffend umstand.

Die Insassen der Wagen hatten sich ringsumher zerstreut. Einige standen in Gruppen zusammen und besprachen dies und jenes, andere gingen paarweise hinter den Häusern, um ein vertrautes Gespräch zu führen, und wieder andere standen müßig an den Säunen und sahen über die See hinaus. Ein und wieder erblickte man auch wohl ein ängstlich gespanntes Gesicht — es gab Leute, die eine weite Strecke Weges zurückgelegt hatten, um zu hören, wie es mit ihrer „Sache“ stünde.

(Fortsetzung folgt.)

*) In Norwegen heißt ein untergeordneter Polizeibeamter auf dem Lande „Lehnsmann“, ein Amtmann hat ungefähr die Stellung eines Landrates, ein **Sorenschreiber** die eines Bezirksrichters, ein **Vogt** die eines Steuerinspektors.

